

Das Produkt wurde seitens des Mitgliedstaates einer Messung unterzogen. Im Prüfbericht wurde darauf hingewiesen, dass von diesem Produkt ein mittleres Risiko ausgeht.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen.

II.

411-13

Gemäß § 22 Abs.1 EMVG ist die Bundesnetzagentur mit der Ausführung des Gesetzes beauftragt und kann gemäß § 22 Abs. 6 EMVG im Rahmen der Marktüberwachung die gesetzlichen Vorschriften der in Verkehr zu bringenden oder gebrachten Geräte auf Einhaltung der Anforderungen nach dem EMVG prüfen.

Bei Nichteinhaltung der Anforderungen kann die Bundesnetzagentur alle erforderlichen Maßnahmen nach § 26 EMVG treffen, um das Bereitstellen, Inverkehrbringen, die entgeltliche oder unentgeltliche oder vermittelnd unterstützende Weitergabe eines Geräts einzuschränken, zu unterbinden oder rückgängig zu machen oder seinen freien Warenverkehr einzuschränken.

Das oben genannte Produkt fällt unter den Anwendungsbereich des EMVG und muss somit den Anforderungen des EMVG entsprechen.

Da für das Gerät kein Konformitätsbewertungsverfahren vorgelegt wurde muss davon ausgegangen werden, dass die geforderten – insbesondere grundlegenden – Anforderungen nicht erfüllt sind.

Nach Erlass des vorläufigen Vertriebsverbotes des Mitgliedstaates wurden die anderen europäischen Marktüberwachungsbehörden und die zuständige europäische Kommission nach Artikel 38 der EMV Richtlinie 2014/30/EU von dem Sachverhalt informiert. Da weder von anderen europäischen Marktüberwachungsbehörden noch von der Kommission ein Widerspruch zu der Maßnahme erfolgte, ist diese nunmehr europaweit gültig und das Produkt ist nicht verkehrsfähig. Insofern ist die Rücknahme des Produktes im gesamten Markt anzuordnen (Artikel 39 Absatz 2 Richtlinie 2014/30/EU).

Aufgrund der o. a. Mängel erteile ich gemäß § 26 Abs. 3 EMVG ein Verbot für das Bereitstellen, das weitere Inverkehrbringen und die Weitergabe des o. a. Gerätetyp.

Die Rücknahme des Produktes aus der Lieferkette wird durch den Erlass des Verbotes des Bereitstellens, Inverkehrbringens und die Weitergabe des oben aufgeführten Gerätes im europäischen Markt vollzogen. Da sich das Produkt bei einer unbekannten Vielzahl von Wirtschaftsakteuren befinden kann, wird die Rücknahme mittels Allgemeinverfügung ausgesprochen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Bundesnetzagentur, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Widerspruch und Klage gegen die oben getroffene Entscheidung haben nach § 32 EMVG keine aufschiebende Wirkung.

Es dient einer zügigen Bearbeitung Ihres Widerspruches,
wenn er bei der **Bundesnetzagentur,**
Referat 411, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz
eingelegt wird.

Hinweise

- Für ein ganz oder teilweise erfolgloses Widerspruchsverfahren werden grundsätzlich Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Die Kosten des Vorverfahrens richten sich gemäß § 32 Abs. 2 EMVG nach § 146 des Telekommunikationsgesetzes.
- Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Voraussetzungen zu beachten, die unter folgendem Link beschrieben sind:
http://www.bundesnetzagentur.de/cln_1911/DE/Allgemeines/DieBundesnetzagentur/UeberdieAgentur/ElektronischeKommunikation/ElektronischeKommunikation_Basepage.html
- Es wird besonders darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftsakteure darauf zu achten haben, dass sie ihre Verpflichtungen entsprechend dem EMVG und der EU-Richtlinie einzuhalten haben. Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Pflichten verstößt. Diese Ordnungswidrigkeit kann mit einem Bußgeld geahndet werden.

Vfg Nr. 54/2017

Zuteilungsregelungen für Radare für die bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung von Windenergieanlagen

Begriffsbestimmung

Radare für die bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung (BNK) von Windenergieanlagen (BNK-Radare) sind ortsfeste Funkanwendungen des Nichtnavigatorischen Ortungsfunkdienstes (Funkbewegungsmelder).

Bedarfsträger

Bedarfsträger für BNK-Radare sind Betreiber von Windenergieanlagen, Windparks oder Unternehmen, die für Windenergieanlagen/ Windparks BNK-Systeme betreiben.

Funkversorgungsbereich

Der Funkversorgungsbereich ist durch die Vorgaben der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen“ (AVV Kennzeichnung) geregelt.

Frequenzbereiche

Aus folgenden Frequenzbereichen werden Frequenzen für BNK-Radare zugeteilt:

8800 MHz - 9000 MHz und 9200 MHz - 9500 MHz.

Sendeleistung

Die äquivalente isotrope Strahlungsleistung (EIRP) muss so festgelegt werden, dass die Vorgaben der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen“ (AVV Kennzeichnung) eingehalten werden. Der Betreiber muss die erforderliche äquivalente isotrope Strahlungsleistung im Frequenzzuteilungsantrag angeben. Zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung soll der Maximalwert von 800 kW EIRP nicht überschritten werden.

Duty Cycle

Der Duty Cycle der Radarsignale von Pulsradaren, die auf einer einzelnen Frequenz arbeiten, darf den Wert von 0,3% nicht überschreiten.

Der Duty Cycle der Radarsignale von Frequenz-Diversity Radaren, die Chirpsignale nacheinander auf verschiedenen Frequenzen aussenden und Systemen mit Frequenzspreizverfahren darf insgesamt den Wert von 20% nicht überschreiten.

Ankündigung zur Frequenznutzung mittels FMCW-Radaren

(FMCW Radar: Frequency-Modulated Continuous Wave Radar - Frequenzmoduliertes Dauerstrichradar)

Die Frequenzzuteilung setzt gemäß § 55 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 TKG voraus, dass der Antragsteller eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung sicherstellt.

Beim gleichzeitigen Einsatz von FMCW-Radaren und Pulsradaren im selben Frequenzband kann es bei flächendeckender Nutzung wie im Bereich der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung von Windenergieanlagen auch bei größeren geografischen Abständen der Systemstandorte zu gegenseitigen störenden Beeinträchtigungen zwischen den verschiedenen Radartypen kommen. Der Grundsatz der Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung erfordert es somit, dass im vorliegenden Anwendungsfall grundsätzlich nur eine der beiden Technologien im selben Frequenzband betrieben wird. Da im Vergleich der beiden Technologien hierbei die Pulsradare eine effizientere Frequenznutzung sicherstellen, ist dieser Technologie bei der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung von Windenergieanlagen der Vorrang zu geben.

Aus diesem Grund werden Frequenzen für die bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung von Windenergieanlagen bei einem Einsatz eines FMCW-Radarsystems nur noch zugeteilt, wenn dieses System bis zum 31.12.2017 eine luftfahrtrechtliche Genehmigung erhalten hat.

Funkverträglichkeit

Die BNK-Radare müssen in der Lage sein, trotz der Existenz anderer Radarsignale im Frequenzbereich 8500 MHz bis 10 000 MHz

ihre Funktionalität aufrecht zu erhalten. Es wird erwartet, dass die Signalverarbeitungsverfahren der BNK-Radare so arbeiten, dass Aussendungen anderer Radare im Frequenzbereich 8500 MHz bis 10 000 MHz sich nicht auf die Funktionalität auswirken.

Die Aussendungen der BNK-Radare dürfen bei anderen Radaren insbesondere des Flugnavigationsfunkdienstes, des Seenavigationsfunkdienstes sowie des Wetterhilfenfunkdienstes im Frequenzbereich 8500 MHz bis 10 000 MHz keine schädlichen Störungen oder Ausfälle in der Funktionalität hervorrufen.

Hinweise

1

Die Frequenzzuteilung umfasst ausschließlich das Recht der Frequenznutzung im Sinne des Telekommunikationsgesetzes (TKG).

2

Luftfahrtrechtliche Genehmigungen sind unabhängig von der Frequenzzuteilung bei den zuständigen Behörden zu beantragen. Die standortbezogene Nutzungserlaubnis für einen Regelbetrieb der BNK-Radare erfolgt durch die zuständige Landesluftfahrtbehörde (und nicht durch die Bundesnetzagentur - BNetzA). Bis zum erfolgreichen Abschluss des luftfahrtseitigen Anerkennungsverfahrens entsprechend der "Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen" (AVV Kennzeichnung) und der Zustimmung der zuständigen Landesluftfahrtbehörde können Versuchsfunkfrequenzzuteilungen durch die BNetzA erteilt werden.

3

Diese Zuteilungsregelung geht von BNK-Systemen für einen Windpark aus. Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen muss es möglich sein, in benachbarten Windparks ein anderes BNK-System einzusetzen.

4

Im Radius von 20 km um Flughäfen mit Kontrollzone (insbesondere Verkehrsflughäfen) erfolgt ggf. eine Frequenzkoordinierung mit dem Flugsicherungsunternehmen bzw. dem Flughafenbetreiber. Sollte das Koordinierungsverfahren nicht erfolgreich sein, so wird der Frequenzzuteilungsantrag abgelehnt.

5

Zum Schutz militärischer Frequenznutzungen wird jeder Frequenzzuteilungsantrag mit der militärischen Frequenzverwaltung koordiniert. Sollte die Koordinierung nicht erfolgreich sein, so wird der Frequenzzuteilungsantrag abgelehnt.

6

An Staatsgrenzen muss die Frequenznutzung standortabhängig mit ausländischen Verwaltungen koordiniert werden. Sollte das Koordinierungsverfahren nicht erfolgreich sein, so wird der Frequenzzuteilungsantrag abgelehnt.

7

Bis 10 km Entfernung von mit Flussradaren/ Seeverkehrsbeobachtungsradaren ausgestatteten Flüssen/Wasserstraßen oder Küstenlinien (z.B. Rhein, Elbe, Nordostseekanal etc.) erfolgt ggf. eine Frequenzkoordinierung mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Sollte das Koordinierungsverfahren nicht erfolgreich sein, so wird der Frequenzzuteilungsantrag abgelehnt.



8

Im Radius von 50 km um die Standorte des Radioteleskopes Efelsberg (50°31'29" N, 6° 53' 2" O) sowie der Fundamentalstation Wettzell (49°08'40" N, 12°52'40" O) erfolgt keine Zuteilung.

9

Der geographische Mindestabstand zwischen BNK-Radaren verschiedener Frequenzzuteilungsinhaber beträgt 10 km. Dieser kann im gegenseitigen Einvernehmen beider Betreiber unterschritten werden.

Befristung der Zuteilung

Frequenzzuteilungen werden auf 10 Jahre befristet. Eine anschließende Verlängerung der Frequenzzuteilung ist möglich.

226-4